

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 18

Artikel: Kollaps als Konsequenz, Moment als Mirakel
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kollaps als Konsequenz, Moment als Mirakel

Wenn sich ein Oxydationsprozess aus irgend einem Anlass zeitlich enorm verdichtet, ist das Ergebnis eine Explosion. Das ist es, was sich in der Sowjetunion ereignet hat. Der Anlass war ein Aufbäumen koalierter Träger der bereits erodierten Sowjetmacht. Sie wollten nicht sehen, dass das Gerüst über alle Rettungsversuche hinaus zersetzt war, und sie fanden die endgültig verspätete Entschlusskraft, es auf die Belastungsprobe ankommen zu lassen. Das Ergebnis ist ein Trümmerhaufen.

Das Ergebnis ist nicht einmal zuletzt auch von Michail Gorbatschow vorausgesehen worden, der die Belastungsprobe um nahezu jeden Preis vermeiden wollte. Er ging davon aus, dass die Trümmer sehr viele Leben unter sich begraben würden, und für ihn war die einzig mögliche Alternative denn auch Perestrojka oder Chaos.

Tatsächlich ist es einer einseitigen Kumulierung günstiger Umstände zu verdanken, dass der «Spuk» (so die nachträgliche Beurteilung) in knapp drei Tagen vorüber war, und es grenzt an ein schieres Wunder, dass er mit so wenig Blutvergiessen verblich. Deshalb ist die Bemühung, es nicht darauf ankommen

zu lassen, als guter Wille auf der Grundlage der bisherigen Systemerfahrungen anzuerkennen.

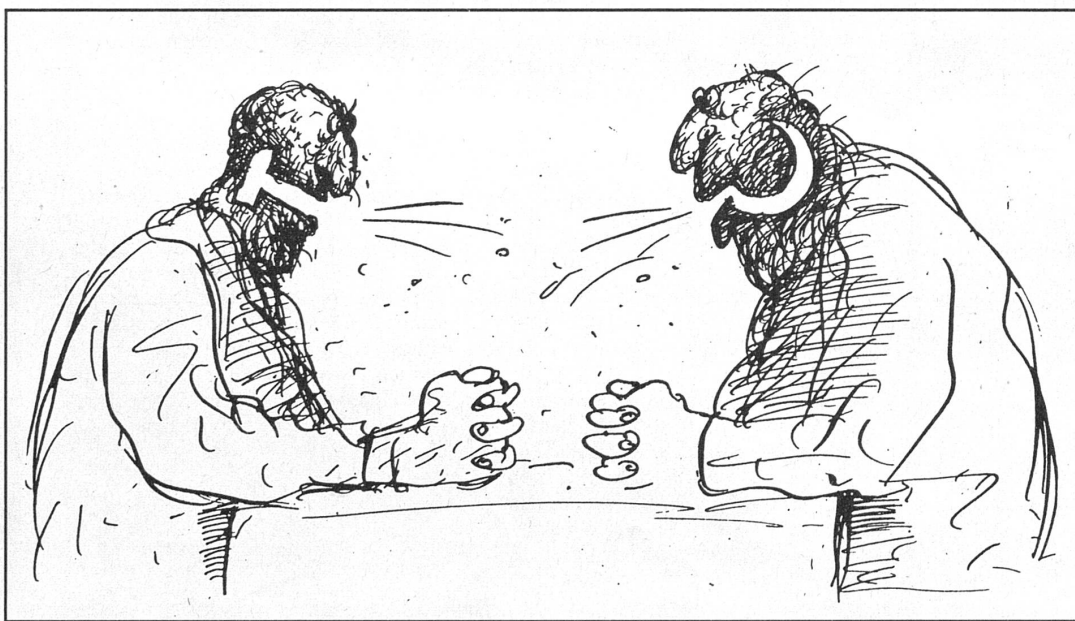
Das hindert nicht, dass die Alternative von Perestrojka oder Chaos in den letzten Jahren überholt war. Perestrojka bedeutet Umbau, und der Sowjetsozialismus befand sich nicht mehr in einem umbaufähigen Zustand. Die neue Alternative lautete immer deutlicher Demontage oder Chaos. Dazwischen freilich lag, nicht anders als bei der ersten Alternative, die Möglichkeit einer kurzfristigen Restauration, chancenlos mit Sicherheit, aber heillos für ungezählte Menschen eben in ihrer Auflösungsphase. Dass sie sich auch in diesem ihrem einzig gegebenen «Erfolgs»charakter als Schimäre erwiesen hat, ist Grund zu jener Dankbarkeit, die – wenn man sie personifizieren will – einen Gorbatschow und einen Jelzin verbindet.

Das Zusammentreffen der Umstände (mitsamt ihren akzidentellen Elementen), welches der gewaltigen gesellschaftlichen Explosion ihrer lethalen Eigenschaften beraubt hat, ist Gegenstand der dort laufenden Untersuchungen mindestens für die kommenden Wochen und Monate. Die Geschichte hingegen, wie ein Umbauprojekt

von historischer Grösse und historischer Güte zu einem Abbruchwerk gedieh, ist als hauptsächlich Konsequenz zu begreifen, trotz ihrer akzidentellen Elemente.

Eine Würdigung, die «so und nicht anders» gültig wäre, ist selbstredend unmöglich, aber zu jedem redlichen Gesamtbefund gehört als Unumstösslichkeit eine massgebliche Aussage: Nichts von dem, was zum Ende einer diktatorisch zusammengehaltenen Gesellschafts- und Territorialordnung geführt hat, wäre möglich geworden ohne die Perestrojka. Die Revolution von oben musste zwangsläufig in die entscheidende Revolution von unten und von der Seite münden, aber sie bleibt der Urheber aller Bewegungen einschliesslich jener, die sie nicht gemeint hatte. Wobei sie – bloss in einer zeitlichen Überdehnung – wahrscheinlich mehr gemeint hatte, als man ihr heute gemeinhin zubilligt.

Ohne sie, ohne die Revolution von oben, wäre so gut wie sicher der Schrecken einer weder funktionsfähigen noch ablösungsreifen Diktatur verlängert worden. Und mit jeder Spanne solcherart «gewonnener» Zeit hätte die Wahrscheinlichkeit vom Ende mit Schrecken zugenommen. Das deutlich aus-



Ein Anlass zum Putsch war die Auflösung der Parteikomitees in den Betrieben (Bild), die Boris Jelzin verfügte hatte.

Die «Neue Zeit», Moskau, brachte diese Karikatur in ihrer letzten Nummer vor dem Putsch.

zusprechen, ist die Pflicht gerade jener Beobachter insbesondere aus der sowjetischen Intelligenzia, welche die Grenzen einer lenkbaren, kontrollierten und langfristigen Entwicklung zur Demokratie skizzierten; eine genaue Grenzziehung ist in solchen Belangen ohnehin unmöglich. Es geht nicht nur darum, dass die Perestrojka besser war als ihr heutiger Ruf, sondern es geht fundamental auch darum, dass sie den Ermöglichungsfaktor schlechthin darstellte.

Ohne die Schubkraft der dann zurückfallenden Trägerrakete steigt kein Astronautenschiff zum Himmel, und ohne die dargebotene Demokratisierung hätte keine Demokratie ergriffen werden können, es sei denn nach der Schreckensfolge der überzogenen Diktatur.

Am 22. August, einen Tag nach dem burlesken Ende jenes Putsches, der als Tragödie eingesetzt hatte, sagte ein sowjetischer UNO-Diplomat in Genf, Gorbatschow habe seine Befreiung im eigentlichen Sinne sich selbst zu verdanken. Dank ihm seien die Sowjetbürger so selbständig geworden, dass sie sich in Millionenzahl dem Staatsstreich widersetzt und die Putschisten besiegt hätten. Der Interviewer, der dem Befragten ein Lob für Jelzin hatte entlocken wollen, ging nach einer Verblüffungspause mit offener Nachsicht zu einem nächsten Thema über. Die Nachsicht galt wohl der Tatsache, dass Gorbatschow dem Handlungsvermögen der demokratischen Bürger weniger zutraut hatte als der Macht jener Beharrungskräfte, die er vor lauter Vorbeugungsabsicht sozusagen selber in ihre Putschposition gehievt hatte. Indessen hatte der Diplomat mit seiner «inaktuellen» Aussage zutiefst recht. Dass Gorbatschow das neue Kräfteverhältnis in der Gesellschaft zuvor nicht real gesehen hatte, ändert überhaupt nichts an der Tatsache, dass er es ist, der die Gewichtsverschiebung ermöglicht und bis auf ihre unszialistischen und asowjetischen Inhalte auch gewollt hat. Denn seine Perestrojka und seine Glasnost hatten die Emanzipation der Bürger zum Ziel.

Der deklarierte und wohl auch gemeinte Zweck einer Demokratieerlangung mittels Sozialismuserneuerung widersprach dem Weg, den die Emanzipation dann nahm, weil sie Sozialismus und Demokratie als unvereinbar begriff. Vielleicht auch bloss «zu früh» nach Meinung der getarnten Sozialismusegner unter den Perestrojkabefürwortern, aber so oder anders: Dem Bürger zu helfen (jetzt oder dereinst), mündig zu werden, das war ein Hauptanliegen der Perestrojka, und es war ernst gemeint.

Die Hinterlassenschaft

Als Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU wurde und damit die damals massgebliche Machtposition erhielt, übernahm er die Hinterlassenschaft der um Andropow und Tschernenko verlängerten Breschnew-Ära. Der Zustand des Landes war desolat: ökologisch, wirtschaftlich, sozial und durchaus auch ideologisch (Kommunisten aus Überzeugung gab es schon längst nur im Westen). Die Korruption war allgegenwärtig, und den Missbrauch der Macht gab es im gesamtheitlichen Interesse der Diktatur fast nur noch nebenbei; der Machtmissbrauch auch auf Kosten eines funktionstauglichen Systems frass sich seinen Weg durch alle Ämter und verfilzte sich mit der ordnungspolitisch gewollten Willkür zu einem Moder, der alle Strukturen ergriffen hatte.

Der niederschmetternde Befund ist heute gemeinplätzig. Aber wer machte ihn damals? Eine paar Dissidente, im Inland unterdrückt und im Ausland als mutmassliche Ausgleicher der «ebenfalls» übertriebenen Regimepropaganda zur Kenntnis genommen, natürlich mit grossen Unterschieden, aber alles in allem dürftig genug. Tatsächlich schien mindestens eine Erscheinung der negativen Gesamtdiagnose zu widersprechen: Die Sowjetmacht expandierte nach aussen. Sie stellte in der Dritten Welt neue Regimes ihrer Affinität auf, und sie galt damit in weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit als «progressiv». Den einzigen grösseren Schwächekomplex, den die Sowjetführung ab Andropow verbrämt anerkannte, war der wirtschaftliche Krebsgang, und sogar diesen gedachte man mittels Reformen im gehabten Stil umzudrehen. Umweltschutz war ein offizielles Traktandum, aber die tatsächlichen Schäden wurden dabei so gewaltig untertrieben, dass es praktisch auf eine Leugnung der Thematik hinauslief. Und für alles übrige galt die Losung, kritisch und selbstkritisch auf «weitere Vervollkommnung» hinzuarbeiten.

Natürlich gab es im ganzen Wust genügend Lügen, die von den Führern voll bewusst vorgetragen wurden. Zum Beispiel war es ihnen notgedrungen bekannt, dass die Sowjetarmee in Afghanistan keine amerikanischen Imperialisten bekämpfte, denn sie hatten die Versicherung des Gegenteils aus freien Stücken erfunden.

Indessen wäre es falsch, ein solches (und vermehrbares) Beispiel vorbedachter Lüge als pars pro toto zu nehmen. Zu den bewussten Lügen kamen die halbbewussten und unbewussten Lügen, und zu diesen wiederum gesellte sich Ignoranz von grösserem oder kleinerem Ausmass, und in der Summierung gab es eine ungeheure Menge davon.

Zu dieser Zeit war die politische Opposition verboten, und die freie Information war verunmöglicht. Die Machthaber wünschten sie weder zu geben noch zu empfangen. So



Der Orden. «Ogonjok», Moskau, Nr. 3/1991.

etwas liegt im anfänglichen Interesse totalitärer Herrschaft, aber später wird es kontraproduktiv. Das Alarmsystem, das jede offene Gesellschaft einfach deshalb hat, weil sie offen ist, wird von der geschlossenen Gesellschaft abgeschaltet und funktioniert schliesslich nicht einmal mehr auf jenen paar Drähten, die sicherheitsdienstlich oder sonstwie in privilegierter Weise wirksam sein sollten; den Gebrauch diktiert Partikularinteressen und nicht die konkret schon uneruerbar gewordenen Ordnungsinteressen.

Es war am Ende jener Ära für eine neue Sowjetführung keine Selbstverständlichkeit, eine richtige Diagnose des sowjetischen Gesamtzustandes auch nur zu wünschen. Gorbatschow hatte diesen Wunsch. Und schon damit öffnete er, wie es sich herausstellen sollte, eine Büchse der Pandora.

Dessen gewahr zu werden, brauchte seine Zeit. Der Parteikongress vom Frühling 1986 stand quantitativ noch unter der geübten Losung: «Es muss alles noch besser werden.» Aber entscheidend war die gleichzeitig aufklingende andere Losung: «Es muss alles anders werden.» Die neuen Vorhaben wurden mit Worten umschrieben wie Reformen, Demokratisierung und Beschleunigung (zu dieser ist es dann sozusagen andersherum denn auch gekommen). Hinzu kamen zwei

Begriffe, die ihren Weg machen sollten, den gewiesenen Weg zunächst und dann den eigenen: Perestrojka (Umbau, Umgestaltung) und Glasnost (Offenheit, Öffentlichkeit). Veränderungen waren angesagt. Von beschränktem Ausmass und beschränkter Potenz, wie man damals noch annahm.

Perestrojka bis?

Was meinte oder deklarierte Gorbatschow selber mit dem Begriff der Perestrojka? Der Sozialismus, so erklärte er bildhaft etwas später, sei ein Haus, dessen Fundamente und Stützmauern verlässlich seien und erhalten werden müssten. Hingegen befinde sich die gesamte Inneneinrichtung in einem Verrottungszustand, der jedes Flickwerk erübrige. Hier helfe nur noch ein totaler Umbau, eben eine Perestrojka.

Nimmt man als Fundament die marxistisch-leninistische Ideologie und als Stützmauern die institutionellen Säulen der Sowjetmacht einschliesslich der massgeblichen Partei, erkennt man vermutlich, was bleiben sollte. Was aber nicht repariert, sondern ersetzt werden sollte, war «bloss» die Summe aller Funktionen innerhalb dieses Rahmens, somit die bisherige Art der Machtausübung schlechthin.

Und das war qualitativ mehr an Änderung, als je eine Sowjetführung zuvor angeboten hatte. Die Verlässlichkeit von Fundament und Stützmauern sollte sich zwar unerwartet rasch als Illusion erweisen, aber das angesagte Vorhaben allein war schon eine ungeheure Herausforderung an den gesamten und allgegenwärtigen Innenfilz.

Man hat Gorbatschow später (und relativ früh in der Sowjetunion selbst) eine Menge charakterlicher und politischer Fehler angelastet. Der grundlegend ernst zu nehmende Vorwurf lautet, er habe ein System reformieren wollen, das nicht reformierbar war.

Der Vorwurf stimmt in seiner Wörtlichkeit, aber diese wird dem Unternehmen Perestrojka in seiner ursprünglichen Anlage eigentlich nicht gerecht. Gorbatschow wollte nebst Reformen (unter diesem Namen kannte man bisher hauptsächlich blosse Wirtschaftsreformen im vorgegebenen politischen Rahmen) auch Systemänderungen, die im Endstadium (bloss: wann?) auch zur Systemaufhebung geführt hätten. Zum Beispiel die Gewaltentrennung, nach bisheriger Lesart das Merkmal der falschen und feindlichen bourgeoisen Demokratie. Zum Beispiel Wahlen mit konkurrierenden Kandidaten und Programmen. Das liess sich als Vorstufe zu freien Wahlen mit konkurrierenden politischen Parteien verstehen und desavouierte auf jeden Fall die ganze bisherige Praxis. (Dass die reale Entwicklung vor allem in den Randgebieten dann diese Vorstufe übersprang, bevor sie noch ausgebaut war, gehört zum unberechneten Teil der Perestrojkageschichte.) Zum Beispiel Ver-

zicht auf das Wahrheitsmonopol der Partei. Das zerstörte deren ideologisch begründeten Machtanspruch und führte unfreiwillig rasch dazu, dass man öffentlich gegen das Lügenmonopol der Partei loszog.

Vor dem Zentralkomiteeplenum im Januar 1987 hielt der Parteichef eine Rede, die von einem Dissidenten hätte stammen können. Sie war der Perestrojka gewidmet und bestand aus einer schier endlosen Liste von Dingen, die der Änderung bedurften. Verächtlich beurteilt wurde in der Summierung das sowjetische Normalverhalten von oben bis unten. Die inhaltliche Aussage glich jener Rede, die der polnische (damals marxistische) Philosoph Lezek Kolakowski in den sechziger Jahren gehalten hatte. Zum Thema «Was Sozialismus nicht ist». Nämlich alles, so stellte sich heraus, was unter Berufung auf den Sozialismus praktiziert wurde.

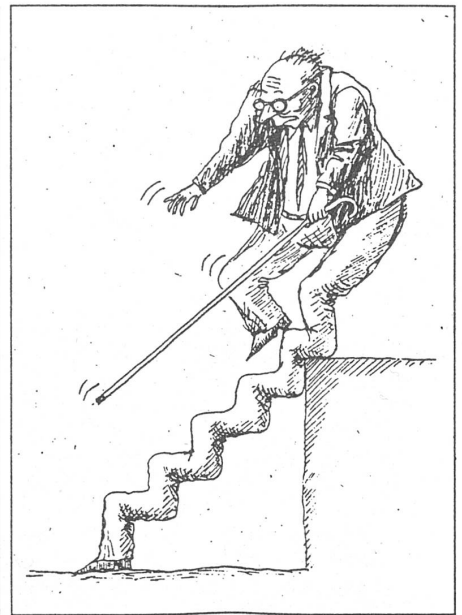
Nach dem ZK-Plenum von 1987 hätte die herrschende Schicht der Nomenklatura den nach oben gelangten Dissidenten stürzen müssen, wenn sie der Logik zugänglich und der Handlung fähig gewesen wäre.

Zur gleichen Kompaktheit im Angriff auf das Alte fand Gorbatschow später nicht mehr. Ausgleichende Worte zum Lob der sozialistischen Grundwerte sorgten in der Regel für Ausgleich und Widersprüche (überaus deutlich in Gorbatschows Buch über die Perestrojka). Eine Folge davon war Verwirrung nach beiden Seiten. Grundsätzlich liess sich die Unterscheidung zwischen Meinung (Systemänderung) und Tarnung (Ordnungsbewahrung) durchaus treffen, aber die lügendegewohnte Sowjetgesellschaft witterte Auswechselbarkeit oder Einlenkung.

Die «letztliche» Sinngabe der Perestrojka, ihr «neues Denken», ist umstritten bis heute, aber sie erbrachte auch Taten. Die Inangriffnahme war enorm, der Erfolg völlig unterschiedlich.

In der *Aussenpolitik* veränderte das neue Denken die ganze Welt. Es führte zum Rückzug aus Afghanistan und 1989 gar zur Freigabe der osteuropäischen Länder. (Diese vollzogen keine Perestrojka, sondern warfen die sozialistische Ordnung über Bord, aber ohne die Perestrojka wären sie nicht in die Lage gekommen, das zu tun.)

In den *Wirtschaftsreformen* gab es mehr Anläufe als Sprünge. Typisch dafür ist das Betriebsgesetz von 1987. Es sicherte den Unternehmungen ihre Selbständigkeit gegenüber den Ministerien zu, aber zur Wirklichkeit kam es nicht, unter anderem deshalb, weil jene Bürokratie, die dafür hätte sorgen müssen, sich im Erfolgsfall selbst überflüssig gemacht hätte. Dann waren auch die sozialistischen Rahmenbedingungen samt ihren bisherigen Verwaltern noch da. Unter diesen Umständen musste sozusagen jedes Gefährd, das in die marktwirtschaftliche Richtung wendete, zu einem Geisterfah-



Anatomischer Abstieg («Neue Zeit», Moskau, Nr. 32/1991).

rer auf jener Autobahn werden, die immer noch als einzige zur Verfügung stand.

Die materielle Lage der Bevölkerung verschlechterte sich im Durchschnitt und angesichts des einsetzenden Zerfalls des Rubels dramatisch für die Rentner. Das hatte unterschiedliche bis sogar gegensätzliche Gründe, aber am Kumulierungseffekt änderte das nichts. Insgesamt ist es jedenfalls einsichtig, dass man in einer Umbauphase nicht komfortabler wohnt als zuvor, sogar in einem abbruchwürdigen Haus.

Demgegenüber brachten die *politischen Reformen*, denen richtigerweise die Priorität zukam, grosse Fortschritte in die gewünschte Richtung (und dann einen Erdbeben in der «Revolution von unten»). Mit der auch kommunistisch deklarierten Zielsetzung, einen Rechtsstaat zu schaffen (Partei Konferenz von 1988) war eine gigantische Entflechtungsaufgabe verbunden. Zum Beispiel mussten die Gerichte vom Diktat der Staatsanwaltschaften befreit werden, diese wiederum vom Diktat der Justizministerien, diese wiederum vom Diktat des Sicherheitsdienstes. Die Gesetzgebung arbeitete auf Hochtouren, und hier war jedes Steckenbleiben im Durchsetzungsstadium viel deutlicher noch als im Wirtschaftswesen mit der voll bewussten Sabotage durch die bedrohte Nomenklatura verbunden.

Weit stärker erwies sich die real betriebene Perestrojka im *Demokratisierungsprozess*. Die Vereinigungsfreiheit wurde nicht nur verkündet, sondern auch gewährleistet. Damit waren der Sammlung von Oppositionskräften und der Bildung von politischen Parteien ohne diesen Namen (ihre gesetzliche Anerkennung erfolgte – mit grosser Verspätung auf die gesellschaftliche Entwicklung – erst 1990) Tür und Tor geöffnet.

Den Höhepunkt der «fahrplanmässigen» Demokratisierung stellten die teilweise freien Wahlen in den gesamtsowjetischen Volksdeputiertenkongress (die neue Basis für den parlamentarischen Dauerbetrieb des Obersten Sowjets) vom Frühling 1989 dar. Danach dominierte die Demokratie-Ergreifung in den verschiedenen Sowjetrepubliken das Geschehen und lief dem Dosierungsprozess der zentralen Demokratisierung davon. Das fast totale Ausmass dieser summierten Bewegung am Schluss wurde im August 1991 schlagartig sichtbar.

Glasnost als Motor

Was aber machte diese Grundbewegung in einer Gesellschaft möglich, die totalitär erzogen war? Hier ist auf den Begriff zurückzukommen, der eigentlich ein Bestandteil der Perestrojka war, aber mit Recht als ihr ebenbürtiges Pendant angeführt wird: die Glasnost.

Die Glasnost, ein eigentliches Wahrzeichen jener Jahre, wurde später als Synonym für Pressefreiheit im weitesten Sinn verstanden und verteidigt. Ursprünglich war sie weniger und zugleich mehr.

Weniger, denn die Pressefreiheit wurde erst ab 1987 von den Medien faktisch ergriffen und tatsächlich erst 1990 durch das Pressegesetz formell gewährt. Für kurze Zeit übrigens, denn der Oberste Sowjet schränkte sie schon im Januar 1991 wieder ein, was wiederum, mindestens bei den Printmedien, fast wirkungslos blieb.

Aber zugleich war die Glasnost (Offenheit und Öffentlichkeit) auch mehr, weit mehr sogar. Denn sie war als Prinzip (und als Ziel) für das gesamte Zusammenleben gedacht, wobei es eine Öffentlichkeit in unserem westlichen Sinn erst zu schaffen galt. Glasnost in diesem Geist meinte zum Beispiel die Offenlegung behördlicher Tätigkeit durch die jeweiligen Instanzen selbst, meinte die Herausgabe ungefälschter Statistiken (ein absolutes Novum), meinte die Pflicht von Ämtern, dem Bürger richtige Auskunft zu erteilen, statt ihn (wie bisher selbstverständlich) mit einer beliebigen oder gar keiner Begründung abzuspeisen. Glasnost sollte den Verkehr aller Instanzen untereinander regeln, Glasnost sollte den Parlamenten zu ungelogenen Vorlagen verhelfen, Glasnost sollte zur Leitidee auch der Partei werden, nach innen so gut wie nach aussen (ein geradezu sakrilegisches Ansinnen im bisherigen Realverständnis).

Nach allseits schwierigen Anläufen teilte sich der einheitlich gemeinte Entwurf. Jene Glasnost, die zur Verwirklichung den Funktionären anvertraut war, harzte und blieb oft genug stecken; verwunderlich daran ist höchstens, dass sie es nicht immer tat. Aber das war meist auf mutige Bürger, typischerweise publizistisch tätig, zurückzuführen, die sich parteiinstanzliche oder behördliche

Glasnost ertrotzten und dabei das Willkürgewalt der eingessenen Bürokraten blossstellten. Deren Reflex bestand darin, durch ihr Beziehungsgeflecht die fraglichen Elemente massregeln zu lassen (Entlassung vom Arbeitsplatz, vereinzelt auch Verhaftung). Nur: Wenn das auf Moskauer Geheiss zurückgenommen werden musste, war wieder ein Stück gehabter Autorität auf exemplarische Weise angeschlagen. Indessen blieb der Fortschritt in diesen Belangen eine mühsame Angelegenheit.

Anders verhielt es sich wahrhaftig mit der publizistischen Glasnost, nachdem sie erst einmal in Fahrt gekommen war. Ihr Siegeszug war ohnegleichen. Den grossen Durchbruch schaffte sie in der zentralen Moskauer Presse; die grossen Auswirkungen hatte sie zunächst in den Randgebieten der Sowjetunion.

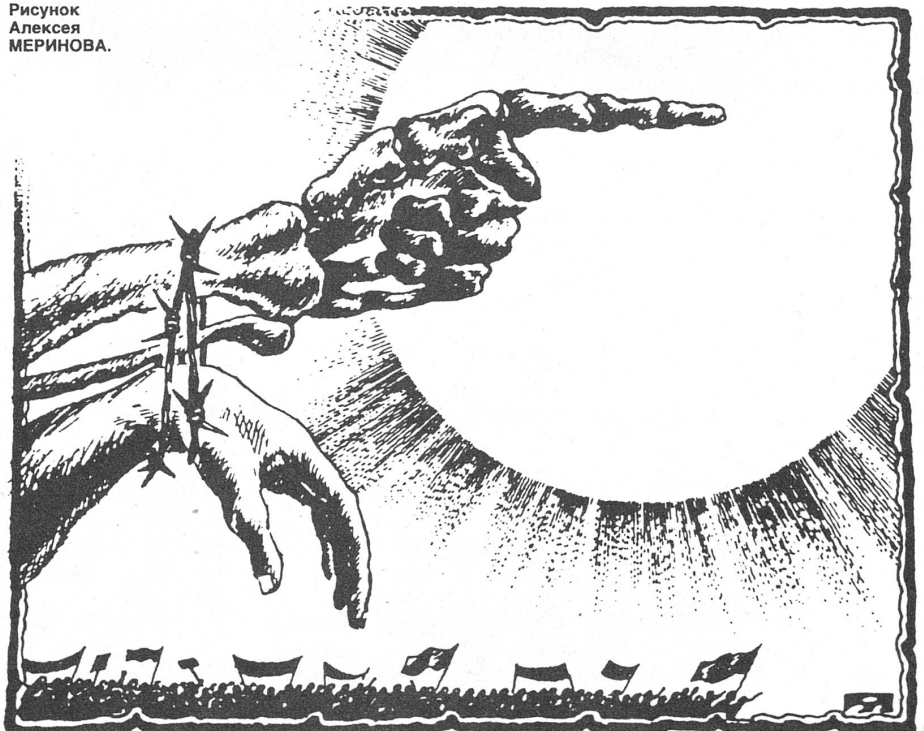
Die Medienleute, die nach anfänglichen Tastversuchen ihre Freiheit erfühlten, knackten ein Tabu um das andere, ohne Genehmigung und ohne (nachhaltige) Behinderung. Sie deckten die Verbrechen der Vergangenheit auf in der nur chronologisch unpassenden Reihenfolge von Stalinismus, Nachstalinismus und Vorstalinismus. Sie vergriffen sich, erst verblümt und dann unverblümt, an Entstehungsmythen von Sowjetstaat und Sozialismus. Sie erklärten – mit konkreten Beispielen in Fülle – die Unterdrückungsmechanismen der Diktatur bis in die Gegenwart. Sie nannten die soziale Misere bei ihrem sozialistischen Namen. Sie zeigten den Pfusch der Planwirtschaften, und sie machten dem Normalbürger erst-

mals die Umweltzerstörung bewusst, die unter dem Leugnungsschutz des Sozialismus präzedenzlose Ausmasse angenommen hatte. So wurde speziell «Tschernobyl» mit einhalb Jahren Verspätung auch zum politischen Fanal. Mit der Ideologie legten sich die Publizisten nur ausnahmsweise im Ernst an, denn meist hatten sie dafür nur Spott übrig, anfänglich noch in Satiren verpackt. Eine Klasse für sich waren die Karikaturisten. Sie erbrachten Kunstwerke bald an polyvalenter Philosophie und bald an ätzen-der Direktheit.

Die Glasnost leuchtete die Dunkelheit Stück für Stück aus, und was schliesslich grossflächig ans Licht kam, war eine Ordnung, die der Erhaltung nicht wert war, nicht einmal in einem erneuerten Zustand. Die Glasnost-Entwerfer hatten eine homöopathisch dosierte Aufklärung vorgesehen, aber die frei gewordenen Medien (aus denen sich eine einschlägig spezialisierte Presse herauschälte) machten das illusorisch. Sie überschütteten das Land mit Entlarvungsmaterial, Verträglichkeit hin, Verträglichkeit her.

Und das war bei weitem nicht alles. Vielmehr wurde die Glasnost zum Emanzipationsfaktor Nummer eins für die Bevölkerung. Jugendgruppierungen und Bürgerinitiativen entstanden, ökologisch, demokratisch, kulturell, national oder sonstwie ausgerichtet, falls sie überhaupt eine definierte Ausrichtung hatten. Aber eine Gemeinsamkeit eignete ihnen durchaus: Ihre Potenz war oppositionell im Sinn der Systemverwerfung, und alle Schulterschlüsse und Koordinationstendenzen amplifizierten das.

Рисунок
Алексея
МЕРИНОВА.



Abgründigen Pessimismus über die Weiterführung des sozialistischen Wegs verbreitet diese Karikatur von «Ogonjok», Moskau, Nr. 46/1990.

Und noch etwas: Ein Slogan der jüngeren westlichen Vergangenheit, das Schlagwort «subito», brauchte nicht eigens plakatiert zu werden; es trieb die Spontانبewegung von alleine an. «Beschleunigung» war 1986 eine Losung der Revolution von oben gewesen. Nun wurde sie zum existentiell empfundenen Drang der Revolution von unten.

Revolution von unten

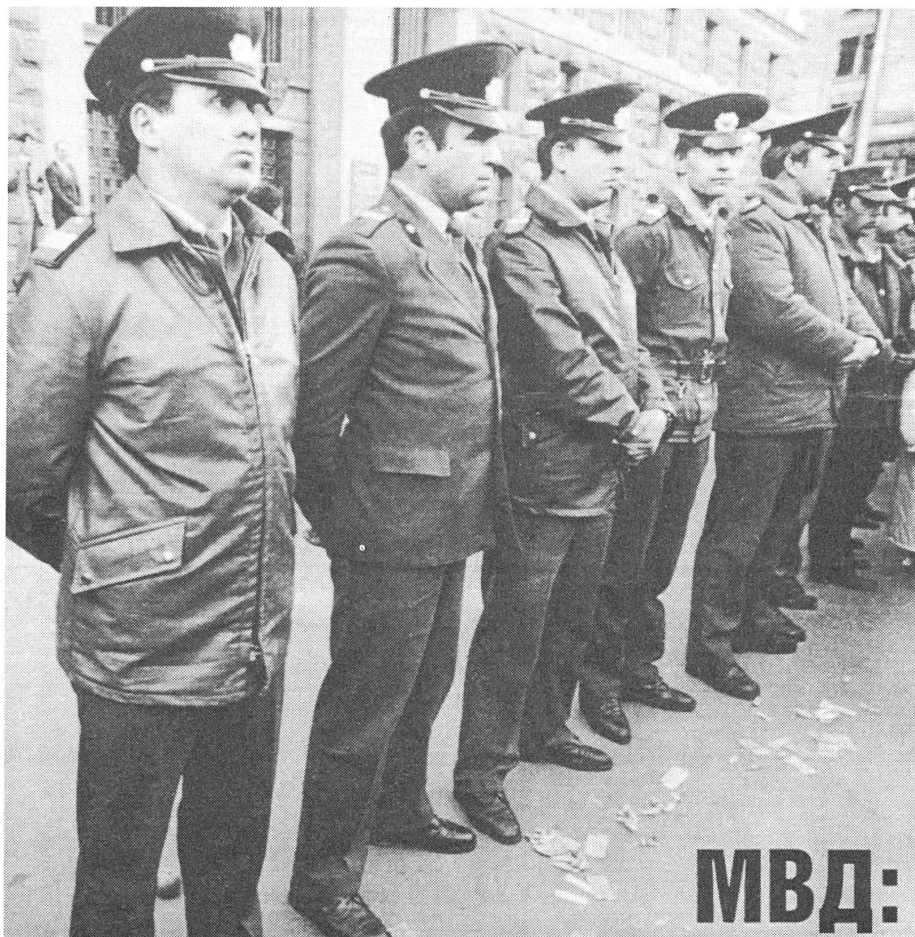
Gorbatschow hatte die Perestrojka ausdrücklich eine Revolution genannt und monierte das fehlende Echo von unten. Er dachte dabei an die Heerscharen von Funktionären, denen Fähigkeit und Willen zur Einsicht abging, dass die Umgestaltung nötig war. Und tatsächlich: Hätten diese retardierenden Elemente sich zeitig belehren lassen, würde der (unvermeidliche) Ordnungsabbau einen geordneteren Verlauf genommen haben. So aber wies die Revolution von unten, als sie manifest wurde, keinen komplementären Charakter auf, sondern einen alternativen. Sie wollte, erstens, die Ordnung nicht reformieren, sondern abschaffen. Sie glaubte, zweitens, an keine Perspektivplanung, sondern an die unmittelbare Aktion. Und sie anerkannte, drittens, keine Führung, die sie nicht selbst gewählt hatte.

Dass «Perestrojka I» und «Perestrojka II» (siehe Wjatscheslaw Daschtschew in Nr. 13/1991) so bald und so weit auseinanderklafften, war angesichts des realen Charakters der Beharrungskräfte und der Veränderungskräfte plausibel genug. Aber auch selbstverständlich?

Die baltischen Staaten sind heute nur noch als Fall nationaler Unabhängigkeit bekannt. Aber die nationalen Bewegungen dort nannten sich anfänglich «Volksfronten zur Unterstützung der Perestrojka». Das war zum Teil als Alibi gemeint, aber wirklich nur zum Teil. Denn tatsächlich machte die Perestrojka gerade in den Anliegen im Sinn der sowjetischen Reformführung ihre grössten Fortschritte im Baltikum, während sie in den «Stammländern» viel langsamer vorankam. Die Balten hätten also Gorbatschows Musterschüler sein können. Unter der Voraussetzung, dass im Perestrojka-Konzept neben der gesellschaftlichen Emanzipation ein Platz auch für die nationale Emanzipation gewesen wäre. Indessen war das nicht der Fall.

Die Nationen

Gorbatschow wollte der Wohnbevölkerung der ganzen Union als Sowjetbürger zur Mündigkeit verhelfen und appellierte an sie in dieser ihrer Eigenschaft. Aber nicht die Sowjetbürger antworteten ihm, sondern die Russen, die Litauer, die Georgier. Ihm war das unverständlich. Er hielt, wie die sowjetische Führungselite überhaupt, das «Nationalitätenproblem» in der gegebenen Vereini-



MVD für Innenministerium. Wie ausgerichtet waren seine Bestände? Die Putschisten liessen es darauf ankommen («Ogonjok», Nr. 52/1991).

gung (die man als Zwangsvereinigung nicht mehr wahrnahm) grundsätzlich für gelöst. Was den Völkern nach dieser Diagnose zum glücklichen Zusammenleben fehlte, war die Demokratie, und diese sollte ja kommen, als gesamtsowjetische Errungenschaft.

Die Völker ihrerseits sahen nicht nur (selbstverständlich) die nationale Frage anders, sondern machten auch die Verknüpfung mit der Demokratie andersherum. Für sie war die Zentralmacht eine Demokratieverhinderung ebenso wie ein negativer Wirtschaftsfaktor und eine Verursachung der Umweltzerstörung. Der nationale Rahmen galt ihnen als Vorbedingung zu einer erfolgreichen Perestrojka oder überhaupt einer Wende zum Guten.

Noch 1988 erstrebten die Republiken mehrheitlich nur eine grundlegend erneuerte Föderation, und die Balten, die in der Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeitsrechte am weitesten gingen, hätten sich immer noch mit einer Konföderation zufriedengegeben.

Ab November 1988 war dann der Konflikt vorprogrammiert. Die Esten proklamierten ihre Souveränität mit dem Anspruch, über die Gültigkeit gesamtsowjetischer Gesetze in Estland selber zu befinden. Moskau nannte

diese Lesart selbstverständlich ungültig, aber das verhinderte nicht, dass bis Ende 1990 sämtliche 15 Sowjetrepubliken analoge Souveränitätserklärungen erliessen. Das Hauptgewicht kam dem entsprechenden Schritt Russlands im Juni 1990 zu. In diesem speziellen Sinn war die Sowjetunion schon dadurch zu einer staatlichen Einheit ohne eigenes Territorium geworden.

In Tiflis war im Frühjahr 1989 eine Kundgebung mit Waffen- und Gaseinsatz niedergeschlagen worden; es hatte etliche Tote gegeben. Das geschah ohne Zutun Gorbatschows, aber es blieb ungeklärt, wer den Befehl erteilt hatte. Die Wirkung war total kontraproduktiv. Die Nationalbewegung wandelte ihr autonomistisches Ziel in ein separatistisches Ziel um. Als Georgien am 9. März 1990 erklärte, rechtens nicht der UdSSR anzugehören (gleichzeitig bot es Verhandlungen über die Unabhängigkeitsverwirklichung an), reagierte der Kreml überhaupt nicht. Aber die litauische Unabhängigkeitserklärung vom 11. März 1990 (ohne Verhandlungsangebot und mit herausfordernder Beanspruchung der Unabhängigkeitsrechte sofort) wurde Anlass zum Konflikt. Man antwortete mit einem Wirtschaftsboykott und anfangs 1991 mit bewaffneten Eingriffen, die ebensowenig fruchteten.

Unionsweit kam es 1990 zu einer Polarisierung der Kräfte. Die Bewahrer von Sowjetordnung und Union schlossen sich zusammen. Im gleichen Jahr fanden Wahlen in den meisten Republiken statt, gewonnen von einer demokratischen Bewegung, die zugleich den nationalen Rahmen bejahte (und den andern Republiken analoge Rechte zubilligte).

Gorbatschow, Unionspräsident seit Frühjahr 1990, brachte in dem Jahr demokratische Nachholgesetze durch und bildete einen Präsidialrat mit Änderungskräften und Behörungskräften. Den Rat löste er bald wieder auf, und bis Jahresende hatte sich das Kräfteverhältnis in der Führung geändert. Die Reformer waren gegangen oder gegangen worden, und die «Konservativen» hatten die Schlüsselministerien der Macht erworben. Was sie zu Fehlschlüssen verleiten sollte.

Im Frühling 1991 verschoben sich die Verhältnisse erneut. Boris Jelzin wurde zum russischen Präsidenten gewählt, ein zu berücksichtigender Machtfaktor der «ändern» Seite. Und kurz zuvor hatte sich endlich eine Notlösung der nationalen Frage abgezeichnet. Neun Republiken vereinbarten mit Gorbatschow, einen Unionsvertrag (zu dem es mehrere Entwürfe gab) zu unterzeichnen, und die andern sechs Republiken (neben den Balten noch Georgien, Armenien und die Moldau) würden mittels Nichtunterzeichnung faktisch austreten können. Ein erneuter Entwurf wurde ausgearbeitet, und die Erstunterzeichner waren für den 20. August angemeldet. Am 19. August schlugen die höchstplazierten Bewahrer von System und Union zu und verloren.

Die Vermeintlichkeiten

Die Chefs von KGB, MWD und Armee hatten geglaubt, mehrere Trümpfe in der Hand zu haben und irrten sich.

Sie hatten die allgemeine Unzufriedenheit mit der materiellen Lage und auch mit Gorbatschow so gedeutet, dass es einen verbreiteten Wunsch nach Rückkehr zur früheren Ordnung gab. Alle freien Wahlen und sämtliche Umfragen gaben zwar das Gegenteil an, weil die Bevölkerung tatsächlich eine Beschleunigung der Veränderungen wünschte, aber man hoffte, die Unzufriedenen wenigstens nach dem *fait accompli* in die gewünschte Richtung lenken zu können.

Wichtiger war die Verkenning des Widerstandswillens in der Bevölkerungsmehrheit. Man setzte voll auf den Untertanenreflex von früher, aber die Leute waren emanzipiert, ja sogar handlungsfähig und opferbereit. Dieser Faktor, ein Einschätzungsfaktor, der sich nur im Ernstfall überprüfen liess, spielte eine entscheidende Rolle.

Am wichtigsten aber war die Verkenning der Erosion, die in den Instrumenten der Macht selbst stattgefunden hatte.

Bezüglich der Armee hatte es die diesbezüglichen Indizien gegeben, vor allem die miserablen Rekrutierungsziffern und den Schulterabschluss demokratisch oppositioneller Kräfte in der Offiziersgewerkschaft «Schild».

Aber die Truppen und Sondereinheiten von KGB und MWD? Sie galten bis dahin als verlässlich. Nur war auch der Sicherheitsdienst nicht mehr das, was er gewesen war. Schon vor eineinhalb Jahren hatten KGB-Generäle in öffentlichen Publikationen einander üble Dinge an den Kopf geworfen, eine totale Undenkbarkeit wenig zuvor.

Hinzu kam eine Überlegung: Gerade jene Spezialtruppen hatten nach vorangegangenen Einsätzen erfahren müssen, dass ihre Aktionen keinen Einschüchterungseffekt, sondern im Gegenteil einen Mobilisierungseffekt bei der «feindlichen» Bevölkerung erzielt hatten.

Jene Demokraten, die von «erfolgreichen Hauptproben» in Tiflis, Vilnius und Riga sprachen, um in den Vormonaten vor einem Putsch zu warnen, hatten mit ihrer Warnung recht, nicht aber mit ihrem Befund. Einen Putsch probt man besser nicht in der Öffentlichkeit, und erfolgreich waren jene Eingriffe nicht gewesen, sondern nur blutig.

Auf jeden Fall haben die Putschisten drei Grossfaktoren falsch eingeschätzt, weil sie die Gesamtlage falsch einschätzten. Sicher kommen technische Fehler hinzu; sonst hätte das Unternehmen länger gedauert. Aber es war zum Scheitern verurteilt, weil auch das Unternehmen Sowjetmacht am Ende war. ■



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 32/1991.

Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Stiftung für Demokratie (SFD)

Jubiläumstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung und Information über die offene Gesellschaft

Verantwortlicher Herausgeber

Markus Herzig

Redaktion

Christian Brügger, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner.
Fachmitarbeiter: Georg Bruderer, Ian Tickle

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 57.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 34.—
Einzelnummer Fr. 2.80

Abonnementspreise Ausland Europa und Mittelmeerländer

Jahresabonnement sFr. 62.—/DM 73.—
Luftpost sFr. 67.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 39.—/DM 46.—
Einzelnummer sFr. 3.10/DM 3.60

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 72.—

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (für Afrika)

Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(für arabische Länder)

Schwejzarskij Vestnik
(für die Sowjetunion)

Referentendienst

Mitteilungsblatt
für die Freunde der Stiftung für Demokratie

Verlag (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)